

Isabel Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. (Moderne Zeit – Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2.) Wallstein Verlag. Göttingen 2003. 697 S., s/w Abb. (€ 50,-)

Das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) verstand sich selbst als Seele der SS, als deren ideologisches Zentrum, das die NS-Bevölkerungspolitik konzeptionell entwickelte und praktisch umsetzte. Die Beteiligung des Personals dieser Schlüsselinstitution an der nationalsozialistischen Verfolgung untersucht Isabel Heinemann in ihrer hier zu besprechenden Freiburger Dissertation. Als roter Faden zieht sich dabei die handlungsleitende Relevanz des Rassismus durch die Arbeit, der sich in den Rassemusterungen zeigte, die als „Entscheidungsgrundlage“ für die „Wiedereindeutschung“ der betroffenen Menschen in den besetzten Gebieten oder für deren Deportation und Vertreibung dienten.

Mit der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ gab es für das RuSHA, das als eines der ältesten Hauptämter der SS ursprünglich mit der rassischen Auslese von SS-Bewerbern und ihren zukünftigen Ehefrauen befaßt gewesen war, erstmals Gelegenheit, Vorstellungen der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik zu erproben. Zwar blieb die geplante Ansiedlung von Volksdeutschen in ihren Anfängen stecken. Anders sah es jedoch mit der Vertreibung der Tschechen aus. Mindestens 15 000 Menschen verloren ihren Besitz, weil Truppenübungsplätze angelegt wurden, wobei diese Maßnahmen oftmals als Vorwand für eine spätere Aussiedlung dienten. Um die „nutzbringende Verwendung“ der Betroffenen sicherzustellen, wurden sie von den SS-Rasseexperten zum Arbeitseinsatz ins Reich geschickt. Ein weiteres Ziel war die „rassische Bestandsaufnahme“ der tschechischen Bevölkerung. Sie wurde vor allem unter Reinhard Heydrich vorangetrieben, der im Februar 1942 plante, die „nicht Eindeutschbaren“ bei der Erschließung des Eismeer-Raumes als Aufseher in Konzentrationslagern einzusetzen. „Germanisierung“ und „Ent-Tschechisierung“ waren in diesen Planungen untrennbar mit der „Endlösung der Judenfrage“ verknüpft.

H. zeigt im weiteren Verlauf ihrer Studie, wie Grundsätze und Maßnahmen, die im Protektorat entwickelt worden waren, von eben jenen RuSHA-Männern, die zuvor im Prager Bodenamt tätig gewesen waren, seit September 1939 im annektierten Polen angewendet wurden. Es war der angebliche „Rassewert“ eines Menschen, der über sein Schicksal entschied: Anerkennung als Volksdeutscher, Einstufung als „wiedereindeutschungsfähig“ oder Verdrängung und Deportation. Einmal mehr kann die Autorin den Zusammenhang zwischen den verschiedenen rassistischen „Teilprojekten“ zeigen und darlegen, wie Beschaffung von Ansiedlungsmöglichkeiten für Volksdeutsche die Maßnahmen gegen Polen verschärfte und den Mord an der jüdischen Bevölkerung in Gang setzte.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion erreichte die „Volkstumspolitik“ neue Dimensionen, da nun auch das Baltikum und Teile der besetzten Sowjetunion in die Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik einbezogen wurden. Gleichzeitig schien sich abzuzeichnen, daß mit „Sibirien“ ein riesiges Gebiet zur Verfügung stehen würde, in das jene Menschen, die im deutschen Siedlungsraum nicht erwünscht waren, abgeschoben werden konnten. Zwar blieb die sog. Zamość-Operation zur Ansiedlung von Volksdeutschen im Generalgouvernement weit hinter den Plänen ihrer Organisatoren zurück, erfolgreicher gestaltete sich dagegen die Übernahme von Sowchosen und Kolchosen in SS-Bewirtschaftung. Konkret bedeutete dies zumeist, daß RuSHA-Experten die betreffenden Betriebe in Besitz nahmen, sie gemeinsam mit Volksdeutschen und russischen oder ukrainischen Zwangsarbeitern bewirtschafteten und gegen die lokale Bevölkerung einen erbitterten Partisanenkrieg führten. Der „Wehrbauer“, so konstatiert H., fand damit ab 1942 „seinen Einsatz als Partisanenschlächter in den Pripjetsümpfen“ (S. 442).

Nicht nur in Osteuropa, auch in Westen wollten die Experten des RuSHA den „Rassewert“ der Menschen ermitteln. Hier mußten sie jedoch mehr Umsicht an den Tag legen. Dies zeigte sich etwa daran, daß für umzusiedelnde Elsässer und Lothringer Entschädi-

gungszahlungen vorgesehen waren oder daß man Überzeugungsarbeit leisten mußte, um Norweger und Niederländer für die Verbände der Waffen-SS zu werben.

Bei diesem Gang durch das besetzte Europa wird offensichtlich, daß, wo immer die Experten des RuSHA eingesetzt waren, sie sich bis zum Ende durch ihre weltanschauliche Radikalität auszeichneten: „Artfremde“ oder „rassisch minderwertige Personen“ waren durch Musterungen aus dem „deutschen Volk“ bzw. langfristig aus der „Gemeinschaft der germanischen Völker“ „auszusortieren“ und letztlich zu ermorden. Zwar wurde der Genozid zumeist von Kräften der Sicherheitspolizei ausgeführt, dennoch waren die Rasseexperten zugleich Vordenker und Vollstrecker, „Theoretiker des Rassismus und Praktiker der rassistischen Auslese“ (S. 18). Damit liefert die Vf.in einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion um die Handlungsrelevanz von Ideologien bzw. speziell des Rassismus: Die nationalsozialistischen Pläne zur Neuordnung Europas gründeten in rassenpolitischen Konzeptionen. Wirtschaftliches Kalkül kam nur im Einzelfall zum Tragen und blieb von nachgeordneter Bedeutung. Die Männer des RuSHA sahen in ihren Karteien und den vorgenommenen Selektionen eine Art Grundlagenarbeit für die Zukunftsaufgabe, ein „Großeuropa“ unter deutscher Führung zu errichten.

An dem tief verinnerlichten Rassismus der Rasseexperten kann daher kein Zweifel bestehen. Wie jedoch die abstruse Vorstellung, daß es eine „rassisch reine“ Gesellschaft geben könne, zu einer handlungsrelevanten Überzeugung wurde, diese Frage, falls sie sich je wird beantworten lassen, ist noch offen.

Berlin

Tatjana Tönsmeier

Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945-1968. Hrsg. von Christiane Brenner und Peter Heumos. (Bad Wiessee Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 27.) R. Oldenbourg Verlag, München 2005. 558 S. (€ 59,80.)

Seit 1989 hat sich die Sozialgeschichte zu einem der wichtigsten Felder in der historischen Forschung über kommunistische Diktaturen entwickelt. Der vorliegende Band enthält diesbezügliche Studien über vier ostmitteleuropäische Länder – die ČSSR, Polen, Ungarn und die DDR – und ist in vier Teile gegliedert.

Im ersten Abschnitt des Buches widmen sich die Autoren Konflikten der Industriearbeiterschaft mit den Staatsparteien. Dabei werden die Herrschaftskrisen von 1953 in der DDR und von 1956 in Polen thematisiert. Die Beiträge von Friederike Sattler und Małgorzata Mazurek zeigen mit einem betriebssoziologischen Ansatz, wie schwer es den Industriearbeitern fiel, nach dem Ende akuter Krisen ihre Interessen gegenüber dem langen Arm der Staatspartei zu vertreten. Mark Pittaway beschreibt anschaulich die Arbeitsbedingungen im ungarischen Kohlebergbau in der stalinistischen Mobilisierungsdiktatur der frühen fünfziger Jahre, und Peter Heumos beschäftigt sich mit verschiedenen „sozialistischen Arbeitsinitiativen“ unter der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft. Anhand diverser Quellen zeigt er das breite Spektrum arbeiterlicher Reaktionen auf die parteistaatlichen Mobilisierungsversuche: Sie reichten von enthusiastischer „Stoßarbeit“ bis zur gewaltsamen Verfolgung übereifriger „Aktivisten“.

Der folgende Abschnitt behandelt betriebliche Kulturarbeit und wird durch einen vergleichenden Aufsatz von Helke Stadland zur Rolle der parteistaatlichen Gewerkschaften in der DDR und Osteuropa eröffnet. Jiří Knápek untersucht die tschechoslowakische Kulturpolitik nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948; durch neue Institutionen und radikale Maßnahmen versuchte die Staatspartei in diesem Jahr, die kulturelle Sphäre ihrem totalen Gestaltungsanspruch zu unterwerfen. Anschließend analysiert Jiří Pokorný die Rolle von Betriebsklubs bei der Erziehung und Freizeitgestaltung tschechischer Arbeiter. Ziel dieser Klubs war es, die Lebensgestaltung der Arbeitenden auch nach Betriebschluß im Sinne des Regimes zu beeinflussen. Die parallele Entwicklung betrieblicher Kulturhäuser in der SBZ/DDR beschreibt Annette Schuhmann. Sie